

Der Reichsführer-SS
und Chef der Deutschen Polizei
Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
Amt III

Berlin SW 11, den 30. Mai 40

Wilhelmstraße 102

MELDUNGEN AUS DEM REICH

Nr. 92

I. Allgemeines.

Die Nachricht von der Kapitulation Belgiens, die sich am 28.5. wie ein Lauffeuer in der Bevölkerung verbreitete, löste überall hellste Begeisterung aus und hat einen tiefen Eindruck auf das ganze deutsche Volk gemacht. Die Tatsache, dass eine halbe Million feindliche Soldaten die Waffen gesteckt hat, verstärkt die allgemeine Zuversicht, dass die Schlacht in Flandern und Arois in kürzester Zeit siegreich beendet sein wird. Man glaubt besonders, dass die Waffenstreckung der Belgier nicht ohne Rückwirkung auf die Kampfeskraft und die Moral der französischen und englischen Truppen bleiben wird. Es kommt in allen Meldungen der Wunsch zum Ausdruck, dass die Engländer dieses Mal miterfasst und vernichtend geschlagen werden. Dem Schritt des Königs der Belgier wird übereinstimmend Anerkennung und Verständnis entgegengebracht und es wird lobend hervorgehoben, dass er nicht nur den zwecklosen Widerstand aufgegeben und dadurch unnötiges Blutvergiessen verhindert hat, sondern es wird vor allem auch beachtet, dass er bis zur letzten Minute im Gegensatz zu anderen Staatsoberhäuptern bei seinen Truppen auf dem Schlachtfelde ausharrte. Infolgedessen ist auch der Erlass des Führers über die Behandlung der belgischen Soldaten und des Königs in allen Kreisen der Bevölkerung mit Verständnis aufgenommen worden.

Neben den entscheidenden militärischen Vorgängen in Nordfrankreich und Belgien beschäftigt sich die Bevölkerung am lebhaftesten mit dem völkerrechtswidrigen Verhalten der französischen und englischen Kriegsführung gegenüber deutschen Kriegsgefangenen und Fallschirmjägern und mit den angedrohten deutschen Gegenmassnahmen. Die Nachrichten von der Ermordung und Misshandlung deutscher Flieger durch französische Soldaten hat überall tiefste Empörung ausgelöst. Die von Generalfeldmarschall Göring angeordneten Vergeltungsmassnahme wurden daher mit grosser Genugtuung aufgenommen und man ist überzeugt, dass der Generalfeldmarschall nicht zögern wird, die angedrohten Gegenmassnahmen rücksichtslos durchzuführen. In zahlreichen Meldungen kommt jedoch zum Ausdruck, dass man in erster Linie Träger der französischen Intelligenz, insbesondere verantwortliche Offiziere erschiessen solle, denn allein hierdurch würde die verantwortliche Führerschicht Frankreichs getroffen. Der einfache französische Soldat, der womöglich für die Anordnungen seiner Vorgesetzten büssen müsse, sei doch letzten Endes nicht der eigentlich Schuldige.

Die Bevölkerung beschäftigt sich in zunehmenden Masse mit Kombinationen über den weiteren Verlauf des Krieges. Vielfach wird angenommen, dass nach

Beendigung der Schlacht in Flandern Frankreich bereit sein werde, einen Sonderfrieden abzuschliessen, da andernfalls der Vormarsch nach Süden und die Besetzung des Industriegebietes von Paris sicher sei. Man sieht dies vielfach nur noch als eine Art Abschluss der militärischen Niederwerfung Frankreichs an und glaubt, dass dann die Basis zum Angriff gegen England gesichert ist. Diese Ansicht der Bevölkerung wird besonders durch die zahlreichen Pressenotizen über Sicherungsmassnahmen der englischen Behörden im eigenen Land verstärkt.

Der Bevölkerung ist aufgefallen, dass in der letzten Zeit die Flak durch die Propaganda mehrfach besonders hervorgehoben worden ist. Diese Berichte sind in den verschiedenen Gegenden Deutschlands unterschiedlich aufgenommen worden. Während im überwiegenden Teil des Reiches die Leistungen der Flak anerkannt werden und ihr starker Einsatz auch im Erdkampf an der Westfront Beachtung findet, wird aus West- und Norddeutschland gemeldet, dass diese Erfolgsmeldungen es bisher nicht vermochten, eine Meinungsänderung in der Bevölkerung über die Wirksamkeit der Flak bei Luftangriffen hervorzurufen. Es wird immer wieder in Erzählungen betont, dass die Engländer bisher ziemlich ungehindert ihre nächtlichen Luftangriffe auf die Industriegebiete und Hafenstädte durchzuführen vermochten und dass die Erfolge der Flak hierbei äusserst gering gewesen seien.

Einzelmeldungen:

Auswirkung der feindlichen Bombenabgriffe auf West- und Nordwestdeutschland.

Die nachts regelmässig erfolgenden feindlichen Bombenangriffe auf West- und Nordwestdeutschland haben nach Meldungen aus Düsseldorf, Aachen, Dortmund, Frankfurt, Münster und Köln die bisher ruhige Haltung der Bevölkerung in einem gewissen Masse beeinträchtigt. Die Auswirkungen zeigen sich bisher besonders in einer stark erhöhten Bereitschaft zur Aufnahme und Verbreitung von alarmierenden Gerüchten. Ausserdem sei verschiedentlich festzustellen, dass die Arbeitskraft der Bevölkerung infolge des fehlenden Schlafes nachlässt und allgemein ein Mangel an Konzentration zu bemerken sei. Zu der Beunruhigung habe auch hauptsächlich das Bewusstsein beigetragen, dass es den feindlichen Fliegern möglich sei, ziemlich ungestört nachts ihre Bombenangriffe durchzuführen, während zuvor in der Bevölkerung der Eindruck bestanden habe, dass solche Angriffe von uns schnellstens und wirksam abgestellt würden. In Zusammenhang mit diesen Vorgängen vermisst man gerade in Nordwestdeutschland und Westdeutschland in besonders starkem Masse Veröffentlichungen der Presse oder des OKW. über erfolgte Vergeltungsmassnahmen und entsprechende Bombenangriffe auf französisches Hinterland und auf England selbst.

Nach Meldungen aus Karlsruhe, Stuttgart, Neustadt a.d.W., und Darmstadt hat das in den letzten Tagen zunehmende französische Artilleriefeuer auf Grenzorten die Stimmung der Bevölkerung bisher nicht massgeblich beeinflusst. Es wird berichtet, dass sich die Bevölkerung sehr diszipliniert verhält und bei Beginn des Artilleriefeuers entweder sofort die vorgesehenen Schutzräume aufsucht oder den Ort verlässt. Nach Beendigung des Artilleriefeuers kehrt die Bevölkerung zurück und nimmt ohne Bedenken oder Beunruhigung die Arbeit wieder auf.

II. Kulturelle Gebiete.

Zur Frage der Bekanntgabe von deutschen Verlusten.

Im Gegensatz zur Zeit der Norwegen-Aktion ist die Frage nach den deutschen Verlusten seit Beginn der Operationen im Westen nur in wesentlich geringerem Umfange aufgetreten und hat, wie von Meldungen aus dem gesamten Reichsgebiet bestätigt wird, bisher keine Beunruhigung ausgelöst. Immer wieder wird in den Meldungen die unbedingte Opferbereitschaft des deutschen Volkes hervorgehoben, das sich bewusst sei, dass ein derartiger Einsatz und derartige Erfolge auch grosse Opfer fordern würden. Auch in der Verlustfrage wird der gegenwärtigen Nachrichtenübermittlung durch Presse und Rundfunk und den dabei gemachten Feststellungen, dass unsere Verluste im Verhältnis zu dem Umfang der militärischen Aktionen und zu den Verlusten des Weltkrieges gering seien, Glauben geschenkt. Günstig wirkt sich auch in diesem Zusammenhange das grosse Vertrauen aus, das dem Führer entgegengebracht wird, von dem man überzeugt ist, dass er Menschenleben nur da opfern wird, wo es unbedingt erforderlich ist.

Meldungen aus Mecklenburg, Oberbayern, Niederschlesien, Hannover, Baden, Hessen, Westfalen, Braunschweig, Reichenberg, Neustettin und Prag besagen, dass eine Bekanntgabe oder Stellungnahme zu den deutschen Verlusten von verantwortungsbewussten Bevölkerungskreisen als nicht vordringlich angesehen wird. Es würde nach Ansicht dieser Kreise vollkommen genügen, dies öfter durch Presse und Rundfunk darauf hinzuweisen, wie verhältnismässig gering die deutschen Verluste seien.

Die hier und da im Reichsgebiet örtlich und voneinander verschieden auftauchenden Gerüchte über hohe deutsche Verluste seien kaum mit der feindlichen Rundfunkgreuelhetze in Zusammenhang zu bringen, sondern beruhen in der Hauptsache auf Mutmassungen einzelner Bevölkerungskreise. Verschiedentlich werden auch die in Feldpostbriefen und von durchfahrenden Verwundeten gemachten Angaben über die Verluste stark beachtet und zur Grundlage weiterer teilweise übertriebener Erörterungen genommen. Während aus Mittelfranken, Ostpreussen und Oberfranken Fälle gemeldet werden, in denen Äusserungen der Soldaten die verhältnismässig geringen Verluste bestätigt und dadurch die zuversichtliche Haltung der Bevölkerung gestärkt haben, werden aus Sachsen und Hannover Fälle genannt, in denen Soldaten von hohen Verlusten gesprochen und die Stimmungslage kleinerer Personenkreise dadurch etwas beeinträchtigt haben.

Während die Frage nach den Verlusten bei den Kämpfen im Westen kaum spürbar ist, herrscht eine ernste Besorgnis um die bei Narvik eingesetzten Truppen. Da diese Kämpfe zu einem grossen Teil von ostmärkischen Gebirgsjägern bestritten werden, werden besonders in der Ostmark, wie aus Kärnten und Oberösterreich gemeldet wird, die Nachrichten über den Verlauf der dort stattfindenden Kämpfe mit Anteilnahme verfolgt, aus denen sie allerdings, wie festgestellt wird, kein klares Bild gewinnen könnten. Wesentlich stärker als durch die Verlustfrage sind die Angehörigen der kämpfenden Truppe jeweils von der Frage bewegt: „Wann kommt wieder der erste Feldpostbrief, der ein Lebenszeichen von dem im Felde stehenden Soldaten bringt?“ Die Angehörigen der Norwegen- und Narvikkämpfer seien schon 4 bis 5 Wochen ohne Lebenszeichen, was ihre Stimmung beeinträchtigt, wiewohl auch hier Verständnis für die Postschwierigkeiten vorhanden ist.

Allgemein lässt sich feststellen, dass das ganze Volk den Wunsch hat, jetzt den Krieg von deutscher Seite mit allen Mitteln in aller Schärfe zu führen, um durch einen totalen Krieg ein baldiges Kriegsende herbeizuführen.

Politische Aufklärungsarbeit durch das Vortragswesen.

Wie aus zahlreichen Meldungen der Abschnitte hervorgeht, hat die politische Vortragstätigkeit in den letzten 2 Monaten nicht nachgelassen. In den Meldungen aus Bayreuth, Köln, Hamburg und Bielefeld wird jedoch darüber geklagt, dass die Vorträge noch zu sehr auf die grösseren Städte beschränkt sind, während die Mittelstädte weniger und die kleineren Städte und grösseren Landgemeinden kaum erfasst würden.

Auch in diesem Trimester werden an verschiedenen Universitäten, wie aus Frankfurt/M., Bonn, Giessen, Marburg, Kiel und Tübingen gemeldet wird, die öffentlichen Vortragreihen fortgesetzt. An anderen Hochschulen sind sie erstmalig neu eingerichtet worden, wie aus Hirschberg und Bayreuth berichtet wird. Während den Berichten im vergangenen Trimester zufolge hauptsächlich die Vertreter der geisteswissenschaftlichen Disziplinen zu Wort kamen, bemühte man sich in diesem Trimester darum, die Vertreter aller Disziplinen zu Wort kommen zu lassen. Im Vordergrund stehen wie bisher wehrwissenschaftliche und politische Themen, oder solche, die sich in irgend einer Weise mit Frage des Krieges beschäftigen, sprechen z.B. in Frankfurt/M. Prof. v. Verschuer über: „Wehrwesen und Rassenbiologie“, Prof. Schuhmacher: „Neue Probleme des chemischen Krieges“, Prof. Wegeler: „Der Mensch beim Höhenflug“, Prof. Madelung: „Die Verwendung des Kreiselpinzips für militärische Zwecke“ usw. In Frankfurt/M. wird z.B. bemängelt, dass diese hochaktuellen Vorträge nur für Dozenten und Studenten zugänglich seien, während die breite Öffentlichkeit keinen Zutritt habe. Da in weiten Kreisen aber das Bedürfnis besteht, gerade von Fachvertretern über derartige Fragen unterrichtet zu werden, wird der Wunsch laut, dass derartige Vorträge allen Volksgenossen zugänglich sein müssten. Wie aus Dortmund, Köln, Stuttgart, Tübingen und anderen Hochschulorten gemeldet wird, werden von den wissenschaftlichen Instituten noch zu stark fachwissenschaftliche Vorträge in den Vordergrund gestellt, die nur auf einen kleinen Kreis von Fachkennern sich beschränken. Auch hier wird der Wunsch laut, dass diese Institute sich aktiv in die Kulturpropaganda einschalten und durch ihre Vorträge den meist der Intelligenzschicht angehörenden Zuhörern politisch aktuelle Probleme näher bringen müssen.

Aus Kreisen von Parteigenossen wird verschiedentlich der Wunsch laut, solche Fachvertreter, soweit sie weltanschaulich in Ordnung sind, Vorträge auf ihrem Fachgebiet auch im Rahmen örtlicher Parteizusammenkünfte halten zu lassen. Auch ausserhalb der Hochschulstädte erwies sich der Einsatz von Wissenschaftlern äusserst günstig. So wird aus Stettin gemeldet, dass die vom Kulturinstitut der Stadt Stettin veranstaltete Vortragsreihe vom 22.-27.4 einen ausserordentlichen Erfolg aufzuweisen hatte und propagandistisch von hervorragender Wirkung war. Durchschnittlich waren zu den Vorträgen 800 und mehr Zuhörer erschienen, die sich besonders aus Angehörigen solcher Kreise zusammensetzten, die wenig Interesse an allgemeinen Parteiveranstaltungen zeigen, für Vorträge von Wissenschaftlern aber immer Interesse aufbringen. Auch in anderen Städten, so in Kiel, Innsbruck,

Salzburg und Linz fanden derartige Vorträge statt, die gut besucht waren und nachhaltigen Erfolg hatten.

Auch die von Seiten der Wehrmacht veranstalteten wehrwissenschaftlichen und wehrgeistigen Vortragreihen weisen, wie aus Nürnberg, München und Weimar berichtet wird, guten Besuch auf und wirken günstig auf die Zuhörer.

Wie aus Dortmund, Bochum und Marburg berichtet wird, hat dort in letzter Zeit die ehemalige demokratische Reichstagsabgeordnete Frau Gertrud Bäumer Vorträge über Frauenthemen gehalten. Die Vorträge waren hervorragend besucht, meistens jedoch von Frauen. Der Hauptinhalt des Marburger Vortrags, der in der Kirche ohne vorherige Bekanntmachung in der Presse erfolgte und nur von den Kanzel angekündigt war, bestand in einer scharfen Herausarbeitung der angeblichen „Gefahren“, die heute angeblich das innerste Leben der Frauen bedrohen. Wie aus Kreisen der Zuhörer berichtet wird, war die Wirkung des Vortrages auf die zum grössten Teil doch unkritisch eingestellten Zuhörerinnen stark deprimierend. Auch die Vorträge in Bochum und Dortmund wirkten sich, wie aus Besucherkreisen berichtet wird, stark nachteilig auf die Zuhörer aus.

Zur Lage im deutschen Kunsthandel.

Wie bereits in den „Meldungen aus dem Reich“ vom 24.1.40 mitgeteilt wurde, zeigt sich, nach nunmehr aus dem ganzen Reichsgebiet vorliegenden zahlreichen Meldungen, ein stetig wachsendes Interesse der Bevölkerung an bildender Kunst, womit eine starke Zunahme der Kauflust und der tatsächlichen Ankäufe in den Kunsthandlungen verbunden ist. Von stärkstem Einfluss auf diese Entwicklung sei das Eintreten des Führers für die bildende Kunst und das Nachwirken der Grossen Deutschen Kunstausstellung in München. Die Käufer bringen teilweise ein an den Kunstbestrebungen des Nationalsozialismus geschultes Interesse mit. Die Kaufkraft der an der bildenden Kunst ernsthaft Interessierten habe in letzter Zeit zugenommen, wie z.B. aus Ostpreussen berichtet wird, so dass sich die alte Kundschaft der Kunsthandlungen nunmehr lang ersehnte und zurückgestellte Wünsche erfüllen könne. Dieser Umstand wirke belebend und ausgleichend auf den Kunsthandel. Nach Meldungen aus Dresden, Breslau, Chemnitz, Hamburg, Wien, Königsberg, Linz, Frankfurt/M. ist die zunehmende Kauflust und Kaufkraft allerdings insofern materiell bedingt, als die Käufer ihr Geld während des Krieges während des Materialmangels nur begrenzt in anderen Sachwerten anlegen können. Man sieht in dem ansteigenden Geschäft der Kunsthandlungen teilweise eine ausgesprochene „Flucht in die Sachwerte“. Die augenblickliche „Konjunktur“ des Kunsthandels sei – allerdings zum kleineren Teil – in einem Mangel an anderen Geschenkartikeln begründet. Der Käufer sehe z.T. in Gegenständen der bildenden Kunst eine besonders krisenfeste Anlage seines Geldes in Sachwerten gewährleistet. Kunstversteigerungen mit Werken aus jüdischem Privatbesitz haben oft das Doppelte oder Mehrfache – einem Fall sogar das Zehnfache – des angesetzten Schätzwertes erzielt. Bei einer anderen Versteigerung aus jüdischem Besitz wurde z.B. ein Bild von Hans Thoma bei einem angesetzten Preis von RM 3.500.- für RM 9.000.- verkauft (Neustadt, Köln, Karlsruhe, Chemnitz). Gerüchte über sensationelle Kunstversteigerungen, beispielsweise in Köln, trugen in kunstinteressierten Kreisen kleinerer Städte dazu bei, dass dort von einer leichten Inflationsangst gesprochen wurde. Der Absatz von Werken mit höheren und höchsten Preisen wird allerdings ziemlich übereinstimmend nicht nur in diesem materiellen Gesichtspunkt, sondern wesentlich in einem

wachsenden Interesse gegenüber der bildenden Kunst überhaupt begründet gesehen.

Im gesamten Kunsthandel spielen allerdings Erzeugnisse mit geringem künstlerischen Wert und ausgesprochener Kitsch mengenmässig immer noch die Hauptrolle. Die Meldungen aus Dresden, Allenstein, Wien, Litzmannstadt, Düsseldorf, Krakau, besagen fast übereinstimmenden, dass die Kunsthandlungen vorwiegend vom Verkauf des Kitzes leben müssen. So heisst es in einer Meldung aus der Ostmark, dass die bekannten „Schlafzimmerbilder“ sehr gesucht seien. Eine Wiener Kunsthandlung verkaufe z.B. monatlich 100 Exemplare dieser Sorte in Nieder- und Oberdonau. Wie mehrfach berichtet wird, verkaufen die Kunsthandlung dabei nicht nach festen Preisen, sondern sie sehen sich den Käufer an, wobei auf Unwissenheit und fehlende Sachkenntnis spekuliert wird. So wurde nach einer Meldung aus Düsseldorf ein Bild, für das der Maler von Kunsthändler etwa RM 150.- erhalten habe, an einen reichen Handwerker für RM 1.100.- verkauft. Selbst gute Kunsthandlungen seien wegen der immer noch überwiegenden Nachfrage nach Kitsch und mittelmässigen Massenerzeugnissen gezwungen, sich solche gängige Kunstware zuzulegen. Eine grosse Rolle spielen dabei immer noch die fliegenden Händler, die, nachdem ihre Autos stillgelegt sind, ihre sogen. „Verlags-Original-Ölgemälde“ und ihre „älteren Meister, die im Lexikon stehen“ in Garagen und ähnlichen Plätzen lagern. Von dort aus wird der Kunde dann zumeist telefonisch geworben und mit dem Mietwagen besucht. Häufig haben neuerdings Möbel- und Teppichgeschäfte Kunst aufgenommen, was oft preissteigernd wirke. Aus den eingegliederten Ostgebieten und dem Generalgouvernement liegen Meldungen vor, so aus Litzmannstadt und Krakau, wonach gerade dort in überwiegender Zahl minderwertige Farbdrucks und stark retuschierte Photos angeboten werden, obwohl der während der Fremdherrschaft wenig gepflegte und unsicher gewordene Geschmack der dort lebenden Deutschen besonders sorgfältiger Pflege bedürfe.

Neben den übereinstimmenden Meldungen (so u.a. aus Dresden, Wien, Litzmannstadt, Düsseldorf, Frankfurt/Main.) über den mengenmässig völlig überwiegenden Kauf minderwertiger Drücke, Photos oder Ölgemälde, wird von vielfachen Bemühungen berichtet, diesem kulturellen, geschmacklichen und volkerzieherischen Übelstand abzuhelpen. Solche bisher noch vereinzelt Bemühungen werden vor allem von den bildenden Künstlern selbst äusserst dankbar begrüsst. Dankbar anerkannt werden sowohl aus den Kreisen der Bevölkerung wie der bildenden Künstler solche erzieherischen Bestrebungen von verantwortlichen Parteidienststellen oder Massnahmen, wie etwa in Lübeck, wo eine „Kunstaustellungsstrasse“ eingerichtet wurde, in der in den Schaufenstern sämtlicher Läden Gemälde lebender Künstler ausgestellt werden. Man erwartet allgemein in den kunstinteressierten Kreisen und vor allem bei den bildenden Künstlern, dass auf diesem Gebiet die kulturpolitisch verantwortlichen Stellen auch in der breiten Öffentlichkeit immer stärker richtunggebend und geschmacklich erziehend Einfluss nehmen. Auf die besondere Notwendigkeit, der Jugend eine positive Kunsterziehung angedeihen zu lassen, wird wiederholt nachdrücklich hingewiesen. So heisst es in einem Bericht aus Dresden, dass die dortigen Kunsthandlungen am zeitgenössischen Kunstschaffen Dresdens und Sachsens fast ganz vorübergehen, Ausstellungen fast überhaupt nicht mehr veranstalten und sich ganz und gar dem Handel mit Kunstdrucken, Stichen und künstlerisch wenig wertvollen Stimmungs- und Erinnerungsbildern zugewandt haben. Nach wie vor wäre es für das Kunstleben als Ganzes sehr begrüssenswert, wenn die grossen, mehr

repräsentativen Ausstellungen laufend durch kleinere Ausstellungen innerhalb des privaten Kunsthandels ergänzt würden, ein Wunsch, der namentlich auch in Künstlerkreisen selbst zu hören ist. Allerdings habe man dort die Hoffnung auf eine Besserung der Beziehungen zwischen Künstlerschaft und Kunsthandel fast aufgegeben. Immer häufiger wird dabei die Frage erörtert, in welcher Form und mit welchen Mitteln die Kunsthändler, bei denen ein oft völlig überwiegendes Geschäftsinteresse vorliegt, beeinflusst oder gezwungen werden können, ihre vordringlichste Aufgabe darin zu sehen, gerade in der jetzigen Zeit verantwortliche Vermittler zwischen Künstler und Volk zu sein (so u.a. nach Berichten aus Dresden, Frankfurt/M., Düsseldorf, München, Wien.)

III. Volkstum.

Das Wendenproblem in der Niederlausitz.

Die Volkszählung im Sommer des vorigen Jahres, bei der die Angaben über Muttersprache und Volkstumszugehörigkeit zugrunde gelegt werden, ergab für die Wendischsprachigen im Niederlausitzer Gebiet die Zahl von insgesamt 3484. Dieses Ergebnis entspricht jedoch nicht der tatsächlich bestehenden Zahl der Personen mit wendischer Muttersprache, die von Sachkennern auf ungefähr 20.000 geschätzt wird. (Insgesamt wird für die Wendischsprechenden in der Ober- und Niederlausitz eine Zahl von etwa 70.000 angenommen). Dieser beträchtliche Zahlenunterschied zwischen dem Volkszählungsergebnis und dem tatsächlichen Vorhandensein von Wendischsprechenden ist in der Tatsache begründet, dass sich der weitaus grösste Teil der Abstammung aus politischen Gründen nicht mehr zum wendischen Volkstum bekennt. Nur eine verschwindend kleine Zahl von älteren Personen hält heute noch an einem wendischen Selbständigkeitsgedanken fest. Die Allgemeinheit bekennt sich zum Deutschtum und zum Nationalsozialismus. In der rassischen Zusammensetzung unterscheidet sich die Wendei nicht von der übrigen Lausitz. Als trennend wirken sich jedoch Sprache und Tracht aus. Nur so ist es erklärlich, dass bei gleichem politischen Bekenntnis zwischen Deutschen und Wenden noch immer eine deutlich wahrnehmbare Kluft besteht. Ungeachtet der bereits betonten staatsbejahenden Einstellung der Niederlausitzer Wenden wird es daher von Sachkennern für unbedingt erforderlich gehalten, die wendische Sprache und Tracht ohne Zwang zum Absterben zu bringen. Zu Erreichen dieses Zieles sei es erste Voraussetzung, dass die von Staats- und Parteistellen sowie auch von privater Seite noch bis in die jüngste Zeit wiederholt betriebene wendische Volkstumspropaganda in Form von wendischen Volkstumsveranstaltungen, bei denen vorwiegend wendische Volkstänze, Trachtengruppen usw. im Vordergrund stehen sofort eingestellt wird. Noch im März d.J. bildeten bei einem Betriebsabend einer Firma in Peitz wendische Gesänge und Trachtentänze den Mittelpunkt der Veranstaltung. Es ist darüber hinaus vorgesehen, diese für die Veranstaltung zusammengezogenen Volkskreise bei KdF-Veranstaltungen für die Wehrmacht einzusetzen.

Als weitere Mittel für die endgültige Eindeutschung des wendischen Sprachgebiets werden von unterrichteter Seite folgende Massnahmen und Gesichtspunkte genannt:

1.) Jegliche Betonung und Förderung des wendischen Volkstums müsste eingestellt werden, wobei Zwangsmassnahmen oder politische Herabwürdigung zu vermeiden wären.

2.) Der wendische Volkssplitter soll durch friedliche kulturelle Durchdringung aufgesogen werden. Hierbei sind die förderlichsten Faktoren der deutsche Kindergarten, die deutsche Schule, der Einsatz des weiblichen Arbeitsdienstes, der Dienst in der Wehrmacht und in den NS-Formationen.

3.) Der Einfluss der ausserordentlich dünnen wendischen Intelligenzschicht müsste ausgeschaltet werden. Dies liesse sich, da nur Lehrer und Geistliche hierfür ein Frage kommen, weitgehend durch Versetzungen erreichen, ohne dass hierdurch eine Beunruhigung der Bevölkerung einzutreten brauche.

Der positive Einfluss der deutschen Schule liesse sich noch verstärken, wenn bei der Auswahl der Lehrkräfte volkstumpolitische Grundsätze stärker berücksichtigt würden. Im wendischen Sprachgebiet der Niederlausitz befinden sich etwa 20 wendenstämmige Lehrer, die allein durch ihr Dasein zum Weiterbestehen der wendischen Sprache beitragen. Vermeiden liesse es sich, wendenstämmige Junglehrer in den nördlichen Kreis Kottbus hereinzulassen, wie es in einem Fall bereits geschehen sei.

Unter den Geistlichen kommt der Pfarrer Schwela besondere Bedeutung zu, der seit seiner Jugend ein eifriger Verfechter wendischer Belange ist und als unbestrittener Führer der Lausitzer Wenden angesehen wird. Eine besondere Gefahr wird darin gesehen, dass Schwela der bekennenden Kirche angehört und dazu beiträgt, dass sich die übrigen Bekenntnispfarrer prowendisch einstellen und sich aktiv der wendischen Sache annehmen.

Die Möglichkeit der Durchführung dieser vorstehend aufgezeichneten Massnahmen wird in Anbetracht der derzeitigen Kriegslage für besonders günstig angesehen, weil sich gerade jetzt Versetzungen im dienstlichen Interesse ohne grössere Schwierigkeiten begründen liessen.

Versorgung der Hinterbliebenen von ermordeten Volksdeutschen.

Aus den neuen reichsdeutschen Ostgebieten kommen eine ganze Reihe von Klagen darüber, dass die Versorgung der Hinterbliebenen von ermordeten Volksdeutschen ungenügend sei oder dass eine einigermaßen befriedigende Lösung erst später erfolge. Aus einer ganzen Reihe von Beispielen seien die folgenden Fälle angeführt:

1.) Frau Zenker, Posen, Witwe eines Arztes, wandte sich an die Ärztekammer in Posen. Ihr Gesuch wurde abgeschlagen mit der Begründung, dass für diesen Zweck keine Mittel vorhanden seien. Frau Z. kann vorläufig keinen Beruf ausüben, da ihr nach dem Tode ihres Mannes eine Tochter geboren wurde. Sie hat sich wegen einer Unterstützung an die Auslandsstelle des Reichsärztesführers gewandt, die bereits die Witwe des Bromberger Arztes Dr. Staemmler unterstützt.

2.) Frau Bamberger (Bez. Schmiegel), erhielt bis 1.1.40 RM 108.-, bis zum 1.4.40 RM 17.- und von da ab RM 215.-. Da vier Kinder vorhanden sind, von denen zwei in Lissa zur Schule gehen, ist Frau B. wieder berufstätig geworden.

3.) Frau Klingbeil (Bez. Schmiegel), erhielt RM 78.- ,monatlich bei zwei Kindern im Alter von 10 und 14 Jahren. Die Meitzahlung ist ungeregelt.

- 4.) Frau Exner (Bez. Schmiegel), erhält bis 1.1.40 bei sechs Kindern RM 144.-, ab 1.4.40 werden RM 225.- gezahlt. Von den Kindern ist eines in Stellung.
- 5.) Frau Marthe Kuntze – Nichtsche erhielt bis 1.4.40 bei vier Kindern RM 165.-, seitdem RM 175.-. Es sind 27 Morgen Land vorhanden, bei der Bewirtschaftung hilft ein Fremder.
- 6.) Bei Frau Kienitz, Chempin, der Witwe eines ermordeten Pfarrers, ist die Schulerziehung und Ausbildung der sieben Kinder nicht sichergestellt.
- 7.) Frau Rahn, Bromberg, deren Mann und 19 jähriger Sohn ermordet wurden, erhielt RM 40.-.
- 8.) Die Mutter der beiden Brüder Barnicke, Posen, erhält eine derartig kleine Unterstützung, dass sie noch eine Stellung annehmen musste.

Von volksdeutscher Seite wird betont, dass die mit dieser Frage befassten Dienststellen sich grosse Mühe geben und dass die ab 1.4.40 erfolgte Neuregelung (Angleichung an die Bezüge gem. Wehrmachtsführsorge und Versorgungsgesetz) manche Verbesserungen bringen. Trotzdem sei eine umfassende baldige Neuregelung von Rechts wegen notwendig, weil sich eine Reihe Unklarheiten ergeben hätten, die Sätze auch vielfach ungenügend seien. Das zeige sich besonders bei den Hinterbliebenen von Ermordeten, die dem Bauerstande oder den freien Berufen angehörten. Im Kr. Schmiegle habe es z.B. böses Blut gemacht, dass eine 71 jährige Witwe, deren zwei Söhne erschlagen wurden, nur RM 12.50 erhielt, obwohl sie allein gar nicht in der Lage sei, den 40 Morgen grossen Hof zu bewirtschaften.

IV. Verwaltung und Recht.

Verzögerung der Urteilsvollstreckung.

In der Bevölkerung wie auch in Fachkreisen wird in der letzten Zeit häufiger bemängelt, dass die Zeitspanne zwischen der Verkündung des Urteils und seiner Vollstreckung unverhältnismässig gross sei. So wurden auch für die Urteile der Sondergerichte diese Feststellungen getroffen. Es sind bereits Zweifel aufgetaucht, ob die von den Sondergerichten ausgesprochenen Todesurteile auch wirklich vollstreckt würden. Auch die beteiligten Kreise (Richter und Staatsanwälte) brachten zum Ausdruck, dass die Laufzeit der Gnadengesuche zu lang sei. Um die präventiven Wirkungen der Strafjustiz besonders zu fördern, sei es notwendig, dass der Verurteilung auch in kurzer Zeit die Vollstreckung des Urteils folge. Das Kriegsstrafrecht sei hart und müsse in aller Schärfe durchgeführt werden.

Notwendigkeit einer Beschleunigung der Strafverfahren wegen Arbeitsvertragsbruches.

In Fachkreisen wird vereinzelt darüber geklagt, dass Strafverfahren wegen Verstosses gegen die arbeitsrechtlichen Bestimmungen von den Justizbehörden nicht mit der notwendigen Beschleunigung durchgeführt würden. So seien allein bei einer Staatsanwaltschaft 19 Verfahren wegen Arbeitsvertragsbruches abhängig, von denen im April 5 Fälle seit Januar 1940, drei seit Dezember 1939 und 10 seit

November 1939 liefen, ohne dass eine Entscheidung bisher herbeigeführt worden sei. Bei dieser langwierigen Behandlung könne den arbeitsrechtlichen Bestimmungen nicht mit dem entsprechenden Nachdruck Geltung verschafft werden, insbesondere erschwerten diese Verzögerungen eine wirksame Bekämpfung unzuverlässiger Arbeitskräfte, die gerade jetzt im Interesse der Kriegswirtschaft dringend notwendig sei.

Zur Frage der Bestrafung missbräuchlicher Benutzung von Kraftfahrzeugen.

In verschiedenen Meldungen wird darauf hingewiesen, dass der Strafraumen, der bei der Bestrafung von Kraftfahrern angewendet werden müsse, die ihr bewinkeltes Fahrzeug missbräuchlich benutzten, vielfach als nicht ausreichend angesehen werden könne. Als Strafe ist Geldstrafe oder Gefängnis bis zu 2 Monaten angedroht (§ 23 des Kraftfahrzeuggesetzes mit § 2 RStGB). Man führt an, dass der Anreiz, das bewinkelnde Kraftfahrzeug zu Begründungsfahren zu benutzen, für den einzelnen Kraftfahrer sehr gross sei. Der niedrige Strafraumen schrecke von einer solchen missbräuchlichen Verwendung bei weitem nicht hinreichend ab. Wenn auch die Möglichkeit bestehe, die Bestrafung in besonders schweren Fällen auf die Kriegswirtschaftsverordnung zu stützen, so führe das fast stets zu Beweisschwierigkeiten, weil dem Täter meist nur sehr schwer Böswilligkeit nachgewiesen werden könne. Es wird deshalb für erforderlich gehalten, einen besonderen Straftatbestand für die missbräuchliche Benutzung von Kraftfahrzeugen zu schaffen. In einer Meldung wird das insbesondere damit begründet, dass die Bevölkerung die in Fragen kommenden Fälle besonders aufmerksam verfolge, weil es sich verschiedentlich um leitende Persönlichkeiten handle. Bei zu milder Bestrafung werde regelmässig Missstimmung in der Bevölkerung hervorgerufen. Ferner seien die Fälle missbräuchlicher Benutzung von Kraftfahrzeugen verhältnismässig häufig. So wird berichtet, dass u.a. eine Anwaltschaft bisher seit Oktober bis einschliesslich April mit 118 derartigen Straffällen befasst worden sei. Auch aus diesem Grunde erscheine es zweckmässig, einen klaren Straftatbestand zu schaffen, der auf der anderen Seite hinsichtlich der Strafandrohung hinreichend abschreckend sei.

Einzelmeldungen.

Steuerliche Benachteiligungen von Hinterbliebenen gefallener Kriegsteilnehmer.

Aus Graz wird gemeldet, es sei verschiedentlich vorgekommen, dass der Ehemann einer erwerbstätigen Frau im Felde gefallen und seine Witwe daraufhin in die Steuerstufe für Ledige einbezogen worden sei. Auch wird ein Fall angeführt, in dem ein Angestellter seinen Sohn, der studierte, im Krieg verloren habe und daraufhin ebenfalls in eine entsprechend niedrigere Steuerstufe mit höheren Abzügen gekommen sei.

Wenn auch nicht verkannt wird, dass diese Vorgänge nach dem Gesetz nicht zu beanstanden sind, wird andererseits darauf hingewiesen, dass es gerechter sein würde, den Hinterbliebenen von Gefallenen wenigstens während der Dauer des Krieges die ohne den Verlust ihres Angehörigen niedrigeren Steuerabgaben zu belassen.

Erschwerung des bisherigen Verfahrens über Zuteilungen von Waschmitteln z.B. an Friseure.

Bei der Versorgung von Friseuren mit Waschmitteln gab nach einer vorliegenden Meldung der Innungsoberrmeister bisher monatlich dem Wirtschaftsamt die Zahl der in den einzelnen Betrieben unbeschäftigten Personen an. Das Wirtschaftsamt errechnete nach diesen Angaben den Bedarf des einzelnen Betriebes und stellte dafür Bezugsscheine aus. Nun sei nach einer neuen Verfügung das Gewerbeaufsichtsamt in das Bezugsscheinverfahren eingeleitet worden. Der Verwaltungsweg werde dadurch in folgender Weise erschwert:

1. der Obermeister fordert bei einer Druckerei Antragsformulare an, die von jedem Antragssteller, d.h. jedem Betrieb, monatlich dreifach zu erstellen sind. (Bisher genügte eine handschriftliche Erklärung).
2. Der Obermeister schickt diese Vordrucke an seine Betriebe im Kreis.
3. Die Innungsmitglieder füllen die Vordrucke dreifach aus und schicken sie an den Obermeister zurück.
4. Der Obermeister muss jeden Antrag prüfen und die Anträge gesammelt an das Gewerbeaufsichtsamt schicken.
5. Das Gewerbeaufsichtsamt prüft, unterschreibt, stempelt und schickt die Vorgänge an das Wirtschaftsamt.
6. Das Wirtschaftsamt gibt die Anträge mit den Bezugsscheinen an die Bürgermeister zur Ausgabe an die Betriebe.

In Handwerkerkreisen werde darauf hingewiesen, dass mit dieser Regelung ein zeitraubender Verwaltungsweg geschaffen worden sei, der überdies einen erheblichen Papierverbrauch (u.a. auch Umschläge) und Porto erfordere. Man verstehe das um so weniger, als allgemein bekannt sei, dass die Behörden unter grossem Personalmangel und Arbeitsüberlastung litten und deshalb durch derartige umständliche Verwaltungsvorgänge an einer beschleunigten Erledigung ihrer Arbeit mehr als notwendig gehindert würden.

V. Wirtschaft.

Meldungen über die Auswirkungen der Futtermittelknappung in der Landwirtschaft.

Die fast aus allen Gebieten Deutschlands gemeldeten Futtermittelknappheit nimmt gegenwärtig in verschiedenen Bezirken Formen an, die einen starken Rückgang des Viehbestandes befürchten lassen. Die einzelnen Meldungen aus dem Reichsgebiet besagen, dass bereits jetzt schon die ersten Auswirkungen der bestehenden Futtermittelknappheit, besonders in den Schwein- und Geflügelhaltungen, festzustellen seien. So wird z.B. aus dem Landkreis Salzburg gemeldet, dass ein großer Teil der Futtermittel aus der Schweinemastaktion noch nicht geliefert worden sei, wodurch sogar die ländlichen Tierhalter gezwungen würden, ihren Schweinebestand stark zu reduzieren. Memel berichtet, dass in einigen Bezirken des

Kreises der Schweinebestand bereits jetzt um 20 bis 25 % unter den Normalbestand gesunken sei. In Gelsenkirchen wurde der Bevölkerung mitgeteilt, daß nicht-landwirtschaftliche Schweinehalter mit einer Futtermittelzuteilung nicht mehr rechnen könnten. Diese Bekanntmachung habe besonders unter den Bergarbeitern Unzufriedenheit hervorgerufen, denn gerade in diesen Kreisen sei eine verhältnismäßig starke Schweinehaltung vorhanden gewesen. Aus Berlin kommt die Nachricht, dass bereits jetzt die ersten Auswirkungen der Futtermittelverknappung auf dem Berliner Fleischgroßmarkt zu verzeichnen seien, denn es würden hier in verstärktem Maße Schweine angeliefert, die noch nicht schlachtreif seien.

Wie in den Meldungen weiter ausgeführt wird, wirkt sich die Futtermittelverknappung auch besonders stark bei den kleine Siedlern und bei den städtischen Geflügelhaltern aus. Gerade bei den Siedlern und städtischen Tierhaltern wird der gegenwärtige Zustand sehr bedauert, weil früher durch Presseveröffentlichungen immer wieder empfohlen worden sei, die Geflügel- und Kleintierhaltung im Interesse der allgemeinen Versorgung zu fördern und zu vergrößern. Besonders die städtische Geflügelhaltung, die seit Kriegsbeginn stark vergrößert worden ist, werde in der nächsten Zeit auf Grund des Futterfehlbetrages einen empfindlichen Rückgang erleiden.

Zur Behandlung des Preisproblems in Presseveröffentlichungen über die Preisgestaltung im Ausland.

Aus dem gesamten Reichsgebiet ist in der letzten Zeit wiederholt gemeldet worden, dass die Preisentwicklung seit Kriegsbeginn in weiten Kreisen der Bevölkerung mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und insbesondere alle Presseveröffentlichungen über die deutsche Preispolitik im Vergleich zu den Preissteigerungen im Ausland einer kritischen Betrachtung unterzogen würden. So seien insbesondere Presseartikel wie „Die Teuerungswelle draußen, Lebenshaltungskosten in Deutschland kaum verändert“ oder „Steigende Lebenshaltungen in der Welt, deutscher Index kaum verändert“ usw. teilweise sehr zurückhaltend z.T. sogar ablehnend aufgenommen worden, da diese immer wieder mit der Preisentwicklung in Deutschland verglichen würden, wobei vielfach bemerkt worden sei, dass die veröffentlichten Statistiken und sonstigen Preisübersichten bisweilen sehr wesentlich von der tatsächlichen Preislage abweichen. Es wird betont, dass eine Indexziffer an sich keinen zuverlässigen Maßstab für wirkliche Teuerungserscheinungen liefere, wie sie sich im Lebensstandard der breiten Schichten ausdrücke. Es werde darin zwar die Preisbildung für die lebenswichtigen Nahrungsmittel, d.h. für die übliche Konsumware berücksichtigt, dagegen sei die Berechnungsgrundlage insofern problematisch, als augenblickliche Versorgungslücken wie auch Mangelerscheinungen in bestimmten Warengruppen und Güterverschiebungen weite Teile der Bevölkerung dazu zwingen, sich von den Einkauf hochwertiger bzw. teurerer Nahrungsmittel umzustellen. Derartige durch die jeweilige Versorgungslage bedingte verteuernde Faktoren würden aber durch den Reichsindex nicht erfasst. Dasselbe treffe in gewissen Umfang auch auf die Verbrauchsgüter zu. Dies sei insbesondere bei Kleidung zu beobachten, weil sinkende Qualität zu einen Ausweichen auf preislich höher liegende Artikel führe.

In den Meldungen wird angeregt, bei Presseverlautbarungen über Preiserhöhungen im Auslande bezüglich der Vergleiche mit dem inländischen Preisniveau zurückhaltender zu sein, da die Bevölkerung leicht geneigt sei, dem statistischen

Ergebnis des Index die täglichen Erfahrungen beim Einkauf (indirekte Preissteigerung durch Qualitätsverschlechterung, Verkleinerung der Backware usw.) gegenüberzustellen.

Einzelmeldungen.

1.) Nach einer Meldung aus Königsberg/Preußen wirkt sich die Beförderungssperre für Baustoffe seitens der Reichsbahn auf die Durchführung selbst dringender Bauten sehr nachteilig aus. So sei es z.B. wegen Mangel an Baumaterialien einem Bauunternehmer in Lyck bisher nicht möglich gewesen, ein dringendes Vorhaben für 30 Bauten durchzuführen, da in Lyck zzt. nicht ein Zentner Kalk erhältlich sei. Dieser Umstand sei umso schwerwiegender, als es sich um den Neubau der zu Beginn des polnischen Feldzuges von den Polen in Brand gesteckten Bauernhöfe in Wachteldorf, Borschimmen und Sprindenau handle. Die betroffenen Bauern seien noch in ungeeigneten Notwohnungen untergebracht und hätten das Vieh auf fremden Höfen. Die Bemühungen der örtlichen Stellen seien, so heißt es weiter, bis jetzt erfolglos geblieben.

2.) Wie aus Frankfurt/Main neuerdings gemeldet wird, ist die Kartoffelversorgung nach wie vor sehr ungünstig. Nach Einführung der sogenannten Kartoffelkarte sei allgemein erwartet worden, dass eine geregelte und gerechte Verteilung durchgeführt werde. Die neueren Erfahrungen hätten aber erwiesen, dass die Versorgungslage sich in keiner Weise gebessert habe. Nach in der letzten Woche seien pro Kopf und Woche nur zwei Pfund Kartoffeln zur Verteilung gelangt.

3.) Im Kriegserzeugungsplan wurde die Vergrößerung der Anbaufläche für Flachs vorgesehen. Die Erweiterung der Anbaufläche ist – Einzelmeldungen zufolge – in verschiedenen Gebieten auf Schwierigkeiten gestoßen. Die ungünstigen Witterungsverhältnisse im Frühjahr führten zu einer verhältnismäßig späten Aussaat. Ebenso ist die Samenlieferung von den bestehenden Transportschwierigkeiten teilweise behindert worden. So wird z.B. aus Lüneburg gemeldet, dass der Flachssamen, der in der Regel bereits Anfang April eingesät werde, erst im Laufe des Monats Mai angeliefert worden sei. Salzburg meldet, dass hier die Hauptschwierigkeiten des Flachsangebues darin liegen, genügend große zusammenhängende Flächen zum Anbau zusammenzubringen, denn die dort bestehenden kleinen Flachsanbauflächen beeinträchtigen die Einheitlichkeit der Faserqualität. Aus Chemnitz wird bekannt, daß die Bauern Sachsens, vornehmlich die des Erzgebirges, nur wenig Interesse zeigen, den Flachs anbau noch zu erweitern. Der Grund hierfür sei folgender: Es sei von jeher üblich gewesen, den größten Teil der Leinsaat zu Leinöl verarbeiten zu lassen. Nach den zzt. bestehenden Bestimmungen werde jedoch dem Selbstversorger die Butter- bzw. Fettration entzogen, wenn in seinem Haushalt eine gewisse Menge Leinöl verbraucht werde.

4.) Zu der Mangellage auf dem Gebiet der Kleinkinderausstattung liegt eine Einzelmeldung aus Lyck/Ostpreußen vor, in der es u.a. heißt, dass das maßgebende Geschäft am Platze seit 12 Jahren keine Kinderwagen mehr erhalten habe. Die Lieferanten dieser Firma hätten weitere Bestellungen bzw. Liefermahnungen als zwecklos abgelehnt mit der Begründung, dass sie weder über Material noch über ausreichendes Personal verfügten, um die Bestellungen ausführen zu können. Die genannte Firma habe seit Kriegsbeginn insgesamt 24 Kinderwagen erhalten. In der

Meldung heißt es weiter, dass diese Erscheinung äußerst nachteilige Auswirkungen in stimmungsmäßiger Hinsicht nach sich ziehe. Ähnlich sei die Lage in anderen Orten des Reg. Bezirkes, wo die gleichen Schwierigkeiten in der Bedarfsdeckung seit längere Zeit zu verzeichnen seien.

VI. Gegner:

Aus Anlaß der bevorstehenden Ablieferung der Kirchenglocken regte der Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche im Gesetzblatt der DEK. die Durchführung sogenannter Glockenopfergottesdienste oder Glockenabschiedsfeiern an. Die Ankündigung dieser Glockengottesdienste erfolgte sogar teilweise durch schriftliche Einladungen, durch Verteilung besonderer Programme oder gar durch Aushängung von Plakaten in Schaufenstern von Geschäften.

In einer Rundverfügung des Landeskirchenamtes Hannover an sämtliche Kirchenvorstände stellte der Verfasser, Dr. Marenholz, seine negative Einstellung zur Glockenaktion mit folgenden Worten unter Verweis: „Wir wissen, dass die Wünsche und Hoffnungen der Gemeinden weitgehend in anderer Richtung gegangen sind, und wir würden, wenn es in unserer Macht gestanden hätte, unseren Gemeinden bei der Erfüllung ihrer und unserer Anliegen gerne geholfen haben.“ Bezeichnend ist ferner der Hinweis in diesem Rundschreiben, dass einer großen Anzahl von Meldebogen Anträge auf Freistellung von der Ablieferungspflicht beigegeben seien, wonach die Glocken als Signalglocken für Zwecke der Feuerwehr und des Luftschutzes gebraucht würden. Demgegenüber ist besonders erwähnenswert die positive Stellungnahme des Präsidenten und Landesbischofs der Bremischen Evangelischen Kirche, der in einem Brief an den Leiter der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei daran Kritik übt, dass entgegen der Abrede, über die Ablieferung der Glocken Mitteilungen in der Presse und damit in der Öffentlichkeit erscheinen zu lassen, durch die große Aktion der Glockengottesdienste bewiesen worden sei, dass keinerlei Verständnis bestünde für das schlichte, selbstverständliche, wortlose Opfer, das für die Kirche mehr denn je angebracht sei. Auch der Landesbischof der Landeskirche Thüringen bewies sein Verständnis für die Glockenaktion durch Widerruf und Untersagung der Glockenfeiern, da diese Feiern in der jetzigen Zeit nicht angemessen seien.

Die Glockenaktion wurde im allgemeinen von der Kirchenanhängerschaft beider Konfessionen mit Verständnis hingenommen und fand im Banne der großen militärischen Erfolge keine weitere Beachtung. Weniger Verständnis allerdings brachten manche Bevölkerungskreise dafür auf, dass besondere Glockenabschiedsfeiern veranstaltet werden müssten. Vereinzelt nur kam es zu Äußerungen wie, „es müsste doch schlecht stehen um die Versorgung mit Metallen“, oder, „es könnte kein Segen darauf ruhen, dass mit Glocken geschossen würde, das habe man im letzten Krieg getan und dadurch verloren“.

(Dieser Bericht beruht auf Meldungen aus Chemnitz , Oppeln, Braunschweig, Weimar, Thorn, Würzburg und Breslau.)

Einzelmeldung:

Eine am 25.3.40 in Köln durchgeführte umfassende Aktion gegen die illegal wandernden Gruppen jugendlicher Personen führte bei einer Erfassung von etwa

600 Teilnehmern zur Einlieferung von etwa 118 männlichen und 14 weiblichen Jugendlichen in eine Erziehungsanstalt. Die Fahrtenteilnehmer setzten sich überwiegend aus Angehörigen der bündischen Gruppe „Navajos“ und früherer konfessioneller Jugendverbände zusammen. Mancherorts hatten sich die Jugendlichen einzelner Pfarreien zu gemeinsamer Fahrt zusammengetan. Fast alle Teilnehmer der katholischen Jugendgruppen führten Liederbücher wie „Das singende Schiff“ und andere katholischen Schriften mit sich. Aus Angaben der Jugendlichen wurde die Feststellung getroffen, dass ihnen von ihren Kaplänen in religiösen Unterweisungsabenden nahegelegt worden sei, in die Hitlerjugend einzutreten, weil ihnen dann bei ihrer Betätigung für die katholischen Jugendgruppen weniger Schwierigkeiten entstehen würden. Auch sollten sie innerhalb der Hitlerjugend die katholische Weltanschauung verteidigen helfen.

Anlage!

Zur Lage im Protektorat für die Zeit vom 16.5. bis 30.5.1940.

Politische Entwicklung.

Die Tschechen sind auch angesichts der neuesten Ereignisse des Krieges den durch die Flüsterpropaganda weitergegebenen Meldungen des ausländischen Rundfunks wieder erlegen. Sie haben sich dessen Argumentation, dass es sich lediglich um eine Kapitulation des belgischen Königs und seines Stabes handle und der Rückzug der Alliierten nur eine taktische Massnahme bedeute, zu eigen gemacht und hoffen nach wie vor noch auf einen Misserfolg des Reiches.

Trotzdem hatte die Meldung von der bedingungslosen Übergabe der Belgier zunächst eine allgemeine Niedergeschlagenheit hervorgerufen, die sich vor allem auch in den obersten Regierungskreisen bemerkbar machte. Im Ministerratspräsidium kam diese gedrückte Stimmung dadurch zum Ausdruck, dass sich die Sektionschefs beim Ministerpräsidenten versammelt und hierbei unter anderem die Frage aufwarfen, was man schnell tun könne, um sich bei den Deutschen in ein gutes Licht zu setzen. Auch in der Bevölkerung wurden die deutschen Heeresberichte in letzter Zeit mit stärkerem Interesse gehört und besonders in Prag vor den zahlreich ausgehängten Karten besprochen. Stellenweise wurde beobachtet, dass sich Tschechen auf Grund der letzten deutschen Erfolgsmeldungen entschlossen, sich als Deutsche zu melden.

Rechtsoppositionelle Tschechen sehen in der gegenwärtigen Lage teilweise eine Rechtfertigung ihrer eigenen deutschfreundlichen Politik. Daß diese wenigen vernünftigen Stimmen nur vereinzelt sind, geht neben der fortgesetzten deutschlandfeindlichen Flugblattpropaganda auch aus der allgemeinen Einstellung zu der Beteiligung an der Sammlung des Deutschen Roten Kreuzes hervor, zu welcher die Protektoratsregierung aufgerufen hat. Bisher wurde nur von einzelnen deutschfreundlichen Tschechen und dies aus Angst vor Terror nach Möglichkeit heimlich gespendet.

Wie bei der Metallsammlung so haben auch dieses Mal wieder die rechtsoppositionellen Kreise die Initiative ergriffen. Besonders Arbeiterkreise liefern verschiedentlich Beweise ihrer positiven Einstellung. So hat in Kladno ein Arbeiter 50 K gespendet und hierzu geschrieben, er habe aus Dank dafür, dass er nach 38

Arbeitsjahren zum ersten Mal am 1. Mai bezahlt bekommen habe, seinen Lohn dem DRK gewidmet. 15 Tschechen, zumeist Faschisten, in Königgrätz sammelten 2.700 K und stellten den Betrag der NSDAP zur Verfügung mit den Worten „Gewidmet von tschechischen Judengegnern den wackeren deutschen Kameraden für ihr Rotes Kreuz“.

In Strakonitz stellte die ČNST-Leitung beim Betriebsausschuss der dortigen Waffenwerke den Antrag, drei Monate lang vom wöchentlichen Lohn der Arbeiter 50 Heller für das Deutsche Rote Kreuz abzuziehen. Die Arbeiterschaft der Komorauer Eisenwerke (OLB Pilsen) erklärte sich freiwillig bereit, von einem Monatsverdienst 1 % an das Deutsche Rote Kreuz abzuliefern.

Die Opferfreudigkeit der deutschen Bevölkerung ist auch bei dieser Sammlung für das Hilfswerk wiederum beispielgebend. Ihre Gebefreudigkeit wird durch die mit brennendem Interesse verfolgten Frontberichte und die dadurch hervorgerufene Siegeszuversicht gesteigert. Im Zusammenhang damit werden in den Meldungen immer wieder Stimmen aus der deutschen Bevölkerung des Protektorates angeführt, die in verstärkter Masse Klage darüber führen, dass die durch Presse und Rundfunk angekündigten ausführlichen Wochenschauen über den Einmarsch in Holland, Belgien und Luxemburg im Protektorat bisher überhaupt nicht oder verspätet laufen. Die zuständigen Stellen des Protektorates sind um eine Abänderung dieses Zustandes bemüht.

Die Veranstaltungen des Gaukulturmonates der NSDAP in Prag fanden mit dem Besuch von Reichsleitern Rosenberg ihren Höhepunkt. Die tschechische Einheitspartei hat nach Durchführung des tschechischen „Musik-Mai“ ihre Tätigkeit neuerdings das von ihr aufgezogene Werk „Freude am Leben“ konzentriert und organisiert im Rahmen dieser Vereinigung verschiedene der KdF nachgeahmte Aktionen. So sind von der Sektion „Tschechische Familie“ die Herausgabe einer Familienchronik, in Anlehnung an den deutschen Betriebssport von der Sektion „Freude der Arbeit“ Fußballmeisterschaften der Betriebe, von der Sektion „Gesundes Volk“ unter dem Leitwort „Gesunde Jugend, gesundes Volk“ ein Erholungsurlaub für Jungarbeiter und im Einvernehmen mit dem Fürsorgeministerium eine Wochenenderntehilfe geplant.

Die tschechische Rechtsopposition hingegen versucht z.Zt. unter dem Eindruck der deutschen Waffenerfolge erneut die schon während des Polenfeldzuges aufgeworfenen Frage der tschechischen Kriegsfreiwilligen aufzugreifen und die Einheitspartei hierdurch wiederum zu einer Stellungnahme zu zwingen. Den Meldungen zufolge handelt es sich hier hauptsächlich um einen taktischen Schachzug der Führung des ČNST gegen die Einheitspartei, da sich diese über das Freiwilligenproblem bisher noch nie geäußert, vielmehr in vertraulichen Sitzungen auf die Gefahren bei dem Aufwerfen dieser Fragen hingewiesen hat. Von Seiten des ČNST wird nunmehr geplant, in offizieller Form den Reichsstellen gegenüber den Vorschlag einer freiwilligen Kriegsteilnahme zu machen.

Die Kirche, die ihre Aktivität auch in den letzten Wochen weiter beibehielt, hat den diesjährigen Fronleichnamstag überall mit feierlichen Gottesdiensten begangen. Bemerkenswert ist, dass in verschiedenen Orten die Beteiligung der Bevölkerung diesmal stärker war als im Vorjahre. Verschiedentlich fiel auf, dass die Regierungstruppe an ihren Standorten sich an der Prozession im Zuge beteiligte.

Allenthalben war der katholische Turnverband "Orel", teils in Zivil, teils in Uniform, stark vertreten. Im Oberlandratsbezirk Melnik wurden auch uniformierte weibliche Junaken (tschechischer Pfadfinderverband) beobachtet. Verschiedentlich beteiligten sich auch Juden an der Prozession.

Volks- und staatspolitischen Fragen des Protektorates Böhmen und Mähren.

Wohnverhältnisse der Volksdeutschen im Protektorat:

Immer wieder werden aus deutschen Kreisen Klagen über die vollkommen unzulänglichen Wohnverhältnisse der deutschen Bevölkerung laut. Besonders trifft dies bei der arbeitenden Bevölkerung zu. Es handelt sich hierbei größtenteils um Volksgenossen, die durch jahrelange Arbeitslosigkeit und Not nicht in der Lage waren, ihre Mieten zu bezahlen und dann von der betreffenden Stadt bzw. Gemeinde in irgendwelchen völlig ungesunden Räumen oder Baracken untergebracht wurden. Die Tschechen haben nichts getan, um hier Abhilfe zu schaffen. Sie versuchten vielmehr, auch auf diesem Gebiet das Deutschtum zu schwächen. Obwohl heute verschiedentlich sogar tschechische Behörden bestätigen müssen, dass viele von Deutschen bewohnten Räume völlig unzulänglich und unbewohnbar sind, konnten bis jetzt die Wohnungsverhältnisse noch nicht grundlegend geändert werden. Dies trifft besonders für die in Brünn herrschende Wohnungslage zu. Geradezu unglaubliche Zustände herrschen hier in der Wohnkolonie Latein bei Brünn. Menschen, die nach Latein übersiedeln sollen, kommen verzweifelt zu NSV und flehen um anderweitige Unterbringung. In einem anderen Gebiet wohnen deutsche Familien im Zigeunerwagen oder in einem Raum, der nur durch den Lichtschacht erhellt wird. Als besonders krass sind die Wohnverhältnisse in der Iglauer Sprachinsel zu bezeichnen. Im inneren Stadtgebiet von Iglau entspricht ein Großteil der Wohnungen nicht den primitivsten sanitären Anforderungen. Es handelt sich vielfach um feuchte und ungesunde Kellerwohnungen, bzw. Stuben, in denen kaum 2 Betten Platz finden. Aus der Fülle der Einzelfälle beweisen folgende besonders krasse Fälle die geschilderten Zustände:

Die Volksdeutsche Marie Pschiwratzky, Leitomischl Nr. 29 hat mit ihren 3 Kindern im Alter von 6-14 Jahren nur einen Wohnraum im Ausmass von 3,20 zu 3,20 m zur Verfügung.

In den Wohnbaracken am neuen Friedhof in Hussowitz (OLB Brünn) wohnt die Familie Schramek mit 10 Personen in einer Waschküche. Die 10 Personen müssen insgesamt in drei Betten schlafen. Das Dach ist schadhaft und das Zimmer im Winter kaum zu erwärmen.

Die Familie Kubesch in Nowosed, Bez. Strakonitz, OLB Klattau, hat mit zwei Kindern im Alter von 9 – 14 Jahren nur einen 16 qm grossen, feuchten, gesundheitsschädlichen Raum im Gemeindehaus zur Verfügung. Die Frau erwartet etwa in fünf Monaten ein Kind.

Auf der Strasse von Schüttenhofen nach Rabi stehen zwei Wohnwagen und ein altes Zelt. In dem einen Wagen lebt die volksdeutsche Familie Potuschnik mit zwei Kindern. Der Ernährer der Familie ist seit Januar 1940 lungenkrank.

Im zweiten Wohnwagen lebt der Volksdeutsche Florian Schimek mit seiner Frau und vier Kindern im Alter von 15 Monaten bis 13 Jahren. Schimek ist z.Zt. bei der Wehrmacht. In dem Zelt lebt der Volksdeutsche Thomas Franz mit Frau und drei kleinen Kindern. Das vierte Kind wird in nächster Zeit erwartet.